

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift
Tageblatt Riesa,
Fennel Nr. 23,
Kostsch Nr. 22.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Grazhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptkollektors Meßen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfachnummer
Dresden 1534
Kreuzstr.
Riesa Nr. 58

Nr. 86.

Freitag, 11. April 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckerschrift-Beize (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; getraubener und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Besteller durch Klage eingeklagt werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Helmreich, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Der Reichstag im Kampf um die Steuervorlage.

Abd. Berlin, 10. April, 9 Uhr.

In der Donnerstagssitzung des Reichstags erfolgte die zweite Beratung der Steuervorlagen der Regierung (Mineralsöl, Biersteuer usw.).

Reichsfinanzminister Dr. Woldenhauer:

Schon bei der ersten Beratung habe ich darauf hingewiesen, daß die vorliegenden Entwürfe nur ein Teil des großen Finanzprogramms sind, mit dem die direkten auf indirekte Steuern umgelagert werden sollen, mit dem Ziel, die Wirtschaft zu entlasten. Vordringlich sind diese Steuervorlagen, mit denen das Defizit des Etats 1930 ausgeglichen und die Durchführung des Schuldenentlastungsgesetzes gesichert werden soll. Es ist nicht Schuld der Reichsregierung, wenn der Etat 1930 dem Reichstag noch nicht zugeleitet werden konnte. Er beschließt gegenwärtig noch den Reichstag. Der Etat ist aber so spärlich aufgestellt worden, daß auf Einsparungen durch Streichungen nicht gerechnet werden kann. Die Steuervorlagen haben im Ausschuss ein für die Regierung nicht gerade günstiges Geschick gehabt. Die hinter der Regierung stehenden Parteien haben sich im Ausschuss auf ein Kompromiß geeinigt, durch das die nach dem Ausschussbeschlüssen entstehenden Lücken wieder ausgefüllt werden sollen.

Die Biersteuer soll danach um 50 Prozent erhöht werden, die Umsatzsteuer allgemein um 0,10 Prozent, bei Umsatz über eine Million um weitere 0,5 Prozent. Die Regierung hat sich dieses Kompromiß zu eigen gemacht, obwohl sie starke Bedenken gegen die Erhöhung der Umsatzsteuer hegt. Sie glaubte aber, dem Kompromiß zustimmen zu müssen, um die Durchführung der ihr übertragenen Aufgabe nicht zu gefährden. Andere Möglichkeiten zur Deckung des Defizits sind nicht vorhanden, denn der Vorschlag eines Lotteries durch Zuschüsse zur Einkommensteuer würde im Widerspruch stehen zur Tendenz des Finanzprogramms, die direkten Steuern abzubauen. Die Regierung hält fest an dem Willen, die Ausgabe der Rentenversicherung und der steuerlichen Entlastung der Wirtschaft mit allen verfassungsmäßigen Mitteln durchzuführen.

Abg. Dr. Beth (Soz.) beantragt, die Verhandlungen solange auszusetzen, bis der Kompromißantrag der Regierungsparteien gedruckt vorliegt. Die erst vor zwei Tagen abgegebene Erklärung der Reichsregierung, daß sie mit der 75prozentigen Biersteuer-Erhöhung stehe und lasse, scheint la nicht mehr zu gelten.

Gegen 3 1/2 Uhr wird die Vertagung der Weiterberatung auf 5 Uhr beschlossen.

Um 5 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Inzwischen sind eine Fülle von Änderungsanträgen eingegangen, darunter auch ein umfangreicher Antrag der Deutschnationalen, der das sozialpolitische Agrarprogramm gleichzeitig mit den Benzin- und Benzolabgaben erleichtern will. Die agrarpolitischen Forderungen sind nämlich in die Form von deutschnationalen Änderungsanträgen zum „Gesetz über Zolländerungen“, das die Benzin- und Benzolabgabe behandelt, gebracht worden.

Abg. Reil (Soz.): Das neue Kabinett glaubte zu führen, mußte aber bald erleben, daß es gescheitert wurde, und zwar von Herrn Eugen Berger. Wenn jetzt in der zweiten Woche seines Bestehens das Kabinett den Anspruch erheben wollte, als starke Regierung zu gelten, so würde ein Oghulachem bei den Nazis anworten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Schwächer und hemmelschwächer war nie eine Regierung. Nach der Verfassung bestimmt der Reichskanzler die Richtlinien der Regierungspolitik. Nach den Verhandlungen über das Defizitprogramm hat man den Eindruck, daß die Richtlinien von Herrn Dremski bestimmt werden. Sehr wohl! Das als Defizitprogramm zurechtgestrichene Ministerium läßt alle Grundzüge einer vernünftigen Finanzpolitik vermischen. Wenn schon der bedenkliche Weg beschritten wird, daß eine Regierung ihre Politik durch Maßnahmen des Reichspräsidenten bestimmen läßt, dann sollte die Regierung doch auch die vom Reichspräsidenten warm befürwortete Forderung eines Lotteries erfüllen. Die sozialdemokratische Fraktion beantragt heute die Erhebung eines Lotteries in Form eines Zuschlages von 10 Prozent zur Einkommensteuer bei allen Einkommen über 5000 Mark.

Das Defizit-Kompromiß der Regierungsparteien bringt zwar noch keine wirkliche Entlastung, aber es bringt der Wirtschaftspartei den Erfolg der Warenabsteuer, die eine Verteuerung aller wirtschaftlichen Bemühungen darstellt, da die Waren verteuert, ohne dem Kleinhandel zu nützen. Reichskanzler Brüning kann keine Vorzüge nur durchsetzen, wenn er den Deutschnationalen für ihre Zustimmung einen Wucherpreis zahlt. Wenn die Regierungsparteien damit in den Wahlkampf ziehen, werden sie ihr blaues Wunder erleben.

Abg. Ende (Komm.) führt aus, die Sozialdemokratie könne nicht von sich die Verantwortung abwälzen für das unsoziale Finanzprogramm Woldenhauers. Unter der Leitung des Reichskanzlers hat die Sozialdemokratie denselben Vorlagen zugestimmt, die sie jetzt bekämpft. Die neue Regierung wolle im Grunde mit der römischen Straße den Kampf

Einigung in der Biersteuerfrage.

Berlin. (Funkspr.) Wie wir erfahren, ist es in den Verhandlungen der Regierungsparteien heute mittag gelungen, ein Kompromiß über die Biersteuerfrage zu finden. Diese Vereinbarung läuft auf annähernd 50 Prozent hinaus. Die Freigrenze für die kleineren Brauereien fällt fort. Dafür ist durch besondere Einzelbestimmungen Vorkehrung getroffen, um die bayerischen Bedürfnisse besonders zu berücksichtigen, so daß es auch der bayerischen Volkspartei möglich war, dem Kompromiß ihre Zustimmung zu geben. Damit sind die Schwierigkeiten, die in dieser Frage bestanden, beseitigt. Die Parteien, einschließlich der bayerischen Volkspartei, haben bereits einen Antrag unterzeichnet, der noch heute im Reichstag eingebracht wird. Die Deutschnationale Reichstagsfraktion beriet mittags 1 Uhr noch. Mit der Zustimmung in der Biersteuerfrage wird aber auch die Gesamtfrage sehr allgemein optimistisch beurteilt.

gegen Sowjetrußland aufnehmen. (Präs. Löbe ruft den Redner zur Ruhe und erteilt dem Abg. Jodisch (Komm.) wegen wiederholter Zwischenrufe zwei Ordnungsstrafe.) Die Kommunisten würden es begrüßen, wenn dieser Reichstag aufgelöst würde.

Der Präsident erteilt dem Zentrumsvorsitzenden Führ das Wort. Dieser lehnt aber ab. Präs. Löbe erklärt, ihm sei erst jetzt mitgeteilt worden, daß von mehreren Seiten der Abbruch der Verhandlungen erwünscht werde.

Abg. Torgler (Komm.) ruft: „Die Erklärung ist noch nicht fertig!“

Gegen 7 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Freitag, 11 Uhr, vertagt.

Die heutige Reichstagsitzung.

Berlin. (Funkspr.) Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Dittmann (SPD.) zur Geschäftsordnung, es widerspreche den Bestimmungen der Geschäftsordnung, wenn heute Änderungsanträge eingebracht sind, die gar nichts mit den Vorlagen zu tun haben, zu denen sie gestellt sind. Es sei also unzulässig, wenn eine Umsatzsteueränderung als Änderungsantrag zur Biersteuer oder eine Agrarvorlage als Änderungsantrag zum Benzolgesetz eingebracht wird.

Präsident Löbe teilt dazu mit, daß nach einem Beschluß des Reichstages für die Zukunft ein solcher Mißbrauch der Änderungsanträge verhindert werden, aber heute nichts dagegen unternommen werden soll.

Hierauf wird die zweite Beratung der Defizitvorlagen fortgesetzt.

Abg. Dr. Führ (Ztr.) gibt im Namen der hinter der Regierung stehenden Parteien, mit Ausnahme der bayerischen Volkspartei, eine Erklärung ab des Inhaltes, die Parteien würden trotz mancher Bedenken den Defizitvorlagen zustimmen, um die dringend notwendige Sanierung der Reichskasse und Entlastung der Wirtschaft zu ermöglichen. Die hinter der Regierung stehenden Parteien hätten gestern den Initiativantrag zum Agrarhilfsprogramm untergeordnet. Sie würden sich aber bei einer Ablehnung der Defizitvorlagen an diese Unterschrift nicht gebunden fühlen und würden sie gegebenenfalls zurückziehen. (Beifall.) Wir betrachten die Ordnung der Finanzen des Reiches zugleich als die Voraussetzung für die Wiederbelebung der Wirtschaft, die wiederum Voraussetzung ist für die Hebung der sozialen Notstände. Mit unserer Zustimmung zu den Vorlagen geben wir dem festen Willen Ausdruck, eine gründliche Finanzreform und Steuerentlastung mit aller Beschleunigung in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Gleichzeitig legen wir Wert darauf, mit aller Deutlichkeit auf die Konsequenzen einer Ablehnung des Finanzprogramms hinzuweisen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelberatung protestiert Abg. Torgler (Komm.) in einer Geschäftsordnungsanmerkung gegen die Reiberei, das Agrarprogramm als Änderungsantrag zu behandeln. Die Kommunisten würden die Rechtmäßigkeit eines so unständigen Vorgehens anfechten. Mit der hier geübten Methode wolle man die ordnungsmäßige Behandlung eines Initiativgesetzes verhindern.

Abg. Dr. Deffner (Ztr.) beantragt hierauf die Überweisung des Antrages über das Agrarprogramm an den Steuerausschuß.

Abg. Berndt (Deutschn.) widerspricht der Ausschussüberweisung. Das Vorgehen der Regierungsparteien lasse darauf schließen, daß es ihnen mit dem Agrarprogramm gar nicht ernst sei.

Abg. von Hindelner-Bildau (Chr.-Kat.) betont demgegenüber, man wolle im Ausschuss eine durchaus sachliche Beratung des Agrarprogramms durchführen.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt Ablehnung der Änderungsanträge, mit denen das Agrarprogramm und die Umsatzsteuererhöhung durchgeführt werden soll, von der Tagesordnung.

Das Abstimmungsresultat über den Antrag Torgler (die Deutschnationalen sind nur durch wenige Mitglieder vertreten) bleibt zunächst zweifelhaft. Es muß abgewartet werden.

Im Dammelsprung stimmen die inzwischen aus der Fraktionsführung zurückgetretenen Deutschnationalen mit den Regierungsparteien gegen die Ablehnung. Der Antrag Torglers wird mit 210 gegen 146 Stimmen abgelehnt. (Votivrufe bei den Kommunisten.)

Präsident Löbe schlägt vor, die Punkte mit den umfangreichen Änderungsanträgen an die letzte Stelle der Tagesordnung zu setzen.

Abg. Torgler (Komm.) beantragt, die Sitzung jetzt zu beenden und morgen die Agrarvorlage zu beraten.

Abg. Berndt (Deutschn.) widerspricht dem Vorschlag des Präsidenten.

Der Antrag Torglers wird abgelehnt, der Vorschlag des Präsidenten gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Zur Einzelberatung kommt zunächst die

Änderung der Tabak- und Zuckerversteuerung.

Abg. Bergholz (Soz.) wendet sich gegen den Änderungsantrag der Regierungsparteien, der im Gegensatz zur Steuervorlage die Tabaksteuererläge befreien lassen und davon eine Verwaltungsentfremdung von 4 Prozent erheben will.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Abstimmungen sollen nachher über alle Vorlagen gemeinsam vorgenommen werden.

Es folgt die

Einzelberatung der Biersteuer.

An Stelle der im Ausschuss abgelehnten Erhöhung um 75 Prozent beantragen die Regierungsparteien eine fünfzigprozentige Erhöhung der Biersteuer.

Abg. Fuchs (SPD.) lehnt die Biersteuererhöhung ab und beantragt für den Fall der Annahme eine Deckung, wonach die Brauereien keinen Fiskusbeitrag über die Steuererhöhung hinaus machen dürfen. Ein weiterer Antrag verlangt Entschuldigungen für die Brauereierlöse, die infolge der Biersteuererhöhung arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden.

Abg. Dr. Reubner (SPD.) wirft den Sozialdemokraten vor, sie hätten unter Dillering einem Steuerprogramm zugestimmt, das ebenso unsozial gewesen sei wie das jetzige.

Präsident Löbe teilt mit, daß inzwischen ein neuer Antrag zur Biersteuer eingegangen sei, der die Unterschrift aller in der Regierung vertretenen Parteien trägt.

Abg. Reil (SPD.) beantragt Vertagung der Sitzung, da die auffallend schwache Besetzung des Saales in kraftem Widerspruch zu der Wichtigkeit der Vorlagen stehe.

Der Präsident setzt die Alarmglocke in Bewegung mit dem Erfolge, daß der Saal sich etwas besser füllt. Darauf zieht Abg. Reil seinen Antrag zurück.

Abg. Forster (SPD.) beantragt, die Sitzung abzubrechen, da der neue Kompromißantrag zur Biersteuer in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt sei.

Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Gery (SPD.) führt aus, mit ihrer Zustimmung zu dem neuen Kompromiß habe die Regierung ihren dritten Umschwung in der Biersteuerfrage gemacht. Das neue Kompromiß bleibe hinter der fünfzigprozentigen Biersteuererhöhung zurück, an der die Regierung unbedingt festhalten wollte. Der Redner wendet sich dann gegen die geschaffte Umsatzsteuer. Diese Steuer schädige nicht in erster Linie die Warenhäuser, wohl aber den gewerblichen Mittelstand und Kleinhandel. Dr. Stresemann habe sich früher energisch gegen diese Steuer gewandt, die jetzt von der Volkspartei unterschrieben worden sei. Die wahre Absicht der Wirtschaftspartei sei eine Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine. Ich weiß nicht, ob dieser Antrag den Zweck erreichen wird, der damit verbunden wird von der kleinen Gruppe der Wirtschaftspartei, die sich nur von Dank, aber nicht von Erkenntnis leiten läßt. (Vizepräsident Ester ermahnt den Redner, solche Ausdrücke zu vermeiden.) Die Sozialdemokraten protestieren gegen die Maßnahme. Die Umsatzsteuer und die geschaffte Umsatzsteuer müssen zunächst dem Steuerausschuß zur Beratung überwiesen werden.

Abg. Birkens (Ztr.) erklärt, seine Freunde würden der Landwirtschaft jede Hilfe gewähren, aber sie könnten nicht den Anträgen zustimmen, mit denen das Kabinett Brüning gespielt werden soll. Die Erleichterungen für die Landwirtschaft dürften nicht erkaufte werden mit Konzeptionen an die Erfüllungspolitik. Die Nationalsozialisten würden die Bauern darüber aufklären, daß ihr Schicksal mit dem der Arbeiter eng verbunden ist.

Abg. Schlad (Ztr.): Das Defizitprogramm belastet schon die breiten Massen weitgehend, aber der Antrag der Regierungsparteien ist für die breiten Massen geradezu unerträglich. Die Umsatzsteuer belastet am meisten die armer linderlichen Familien. Dazu kommt die Sondersteuer, die ein Ausnahmengesetz gegen die Selbsthilfe der Verbraucher darstellt und die viel schlimmer ist als die frühere Waren-